

## **Große Anfrage**

### **Der Fraktion der FDP/DVP**

#### **Ausbau des Mobilfunks und Schließung der Funklöcher in Baden-Württemberg**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie die Lage der Mobilfunknetzabdeckung in Baden-Württemberg insgesamt in Hinblick auf die Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft sowie der Landesverwaltung und der Bürgerinnen und Bürger (Bitte unter Angabe der Positionierung Baden-Württembergs im Vergleich mit den anderen Bundesländern in den entsprechenden Rankings)?
2. Wie viel Prozent der baden-württembergischen Landesfläche, unterteilt in die Raumkategorien Verdichtungsräume, Randzonen, Verdichtungsbereich im ländlichen Raum und Ländlicher Raum, sind mit dem 5G-Standard versorgt (falls Angabe pro Fläche nicht möglich, bitte pro Haushalt)?
3. Bis zu welchem Datum werden „weiße Flecken“ im Mobilfunknetz in Baden-Württemberg der Vergangenheit angehören, wie es im Koalitionsvertrag von Grünen und CDU auf S. 142 „schnellstmöglich“ gefordert wird?
4. Wie bewertet sie die Apelle der Wirtschaft, insbesondere der Industrie- und Handelskammern, die auf einen schnellen und flächendeckenden Mobilfunkausbau auf neuestem Stand drängen?
5. Wie bewertet sie die Vor- und Nachteile der Verfügbarkeit von 5G für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und die einzelnen Unternehmen?
6. Welche rechtlichen Voraussetzungen müssen für die Genehmigung neuer Mobilfunkbasisstationen erfüllt sein (bitte unter Darstellung des Ablaufs eines Genehmigungsverfahrens)?
7. Wie viele neue Mobilfunkbasisstationen wurden in den letzten fünf Jahren jeweils errichtet (aufgeschlüsselt nach Landkreis)?
8. Wie viele zusätzliche Mobilfunkbasisstationen sind ihrer Ansicht nach noch erforderlich, um alle „weiße Flecken“ schließen zu können?
9. Welche Erkenntnisse hat sie in Bezug auf den aktuellen Stand der Erfüllung der Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur vom 26.11.2018?
10. Welche Maßnahmen ergreift sie, um den Mobilfunkausbau zu beschleunigen und zu fördern?
11. Welche Synergiepotenziale beim Festnetz-Glasfaserausbau können für den Mobilfunkausbau genutzt werden?
12. Welche Aktivitäten/Initiativen verfolgt sie, um Festnetz- und Mobilfunkausbau synergetisch voranzutreiben?
13. Welche Möglichkeiten bestehen für die Kommunen, um den Netzausbau zu beschleunigen?

14. Welche Initiativen von Kommunen zum Ausbau der Mobilfunkabdeckung sind ihr bekannt?
15. Welche Erkenntnisse ergeben sich aus Projekten, wie dem Projekt „Digitaler L@ndkreis Tuttlingen“, bei dem insbesondere der Ausbau des Mobilfunks in den Fokus genommen wurde?
16. Welche Möglichkeiten sieht sie, wie der Mobilfunkausbau durch eine Förderung des Landes gezielt vorangebracht werden könnte?
17. Wie bewertet sie die Einführung eines Förderprogramms nach bayerischem Vorbild für den Ausbau des Mobilfunks im Besonderen?
18. Welche Aktivitäten unternimmt sie, um Mobilfunkunternehmen auf vorhandene „Funklöcher“, also weiße oder graue Flecken, in der Netzabdeckung hinzuweisen?
19. Welche Schritte hat sie nach dem Bekanntwerden der im Antrag Drs. 16/9989 der FDP/DVP-Fraktion gesammelten „Funklöcher“ in Baden-Württemberg zu deren Beseitigung eingeleitet?
20. Wie bewertet sie die bisherige Arbeit der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft?
21. Plant sie Mediatoren-Teams einzusetzen, um bei Streitigkeiten vor Ort zu vermitteln bzw. die Akzeptanz neuer Mobilfunkbasisstationen zu erhöhen?
22. Wie bewertet sie den Erfolg ihrer bisherigen Bestrebungen, Aufklärung und Kommunikation zum Thema Mobilfunk, insbesondere im Hinblick auf 5G, zu betreiben?
23. Was hat sich mit der Verschiebung der Zuständigkeiten für den Mobilfunk vom Wirtschafts- zum Innenministerium im Hinblick auf Geschwindigkeit und Vorgehen beim Mobilfunkausbau verändert?
24. Wie viele Vorfälle sind ihr bekannt, in denen Ortschaften, Gemeinden oder Städte – auch mittels Grundsatzbeschluss - gegen den Ausbau von Mobilfunkbasisstationen gestimmt haben?
25. Aus welchen Gründen ihrer Kenntnis nach Kommunen, sowie manche Bürgerinnen und Bürger der 5G-Technologie oder dem Errichten von Mobilfunkbasisstationen kritisch gegenüberstehen?
26. Welche Hinderungsgründe stehen ihrer Ansicht nach einem zügigen Netzausbau entgegen und wie können diese behoben werden?
27. Wie bewertet sie die gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunk?
28. Tragen die Netzbetreiber ihrer Ansicht nach ausreichend Vorsorge, dass Mobilfunknetze mit geringstmöglicher Strahlungsintensität ausgebaut werden?
29. Wie bewertet sie die Potenziale der 6G-Technologie?
30. Wie bewertet sie den Einsatz der sog. Visible Light Communication Technologie als Alternative zu WLAN oder Mobilfunk in Gebäuden?

12.01.2022

Dr. Rülke, Karrais und Fraktion

#### B e g r ü n d u n g

Eine flächendeckende Versorgung des Landes Baden-Württemberg mit dem neuesten Mobilfunkstandard ist von außerordentlich hoher Bedeutung. Die Breitbandverfügbarkeit ist insbesondere im ländlichen Raum in Baden-Württemberg noch ein großes Problem. Dabei ist es ein elementarer Maßstab für Regionen als Wirtschaftsstandort. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich viele Verbände und Vereinigungen, etwa die

Industrie- und Handelskammern für einen besseren und schnellen Netzausbau stark machen (wie exemplarisch der SWR am 07.10.2021 berichtete, <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/ihk-fordern-bessere-mobilfunkabdeckung-an-grenze-zur-schweiz-100.html>). Das Ziel eines flächendeckenden Mobilfunknetzes, der an allen Orten in Baden-Württemberg eine Versorgung mit zumindest 3G oder 4G ermöglicht, ist noch längst nicht erreicht, wie die Vielzahl an Mobilfunklöchern, die regelmäßig gemeldet werden zeigen. Für den Einsatz von zukunftsfähigen Technologien ist darüber hinaus der 5G-Standard erforderlich. Dieser muss schnellstmöglich ebenfalls flächendeckend verfügbar sein. Das ist ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmen, aber betrifft auch Privatpersonen. In Zeiten von Corona-Beschränkungen und einer wachsenden Etablierung von Home Office steigen die Anforderungen an private Haushalte stark an. Dem Mobilfunk kommt dabei eine entscheidende Voraussetzung zu, um schnell und für alle mobilen Anwendungen nutzbar eine stabile Verbindung mit dem Internet herzustellen.

Die FDP/DVP-Fraktion hat auf dieses Problem nicht nur in der Drs. 16/9989, unter Angabe einer Vielzahl von bestehenden Funklöchern, hingewiesen. Die neue Landesregierung hat die Zuständigkeit für den Mobilfunk vom Wirtschaftsministerium auf das Innenministerium übertragen. In der Erwartung, dass dieser Schritt die Bestrebungen der Landesregierung die Mobilfunkversorgung zu verbessern vorantreiben wird, soll dieser Antrag der Landesregierung die Möglichkeit geben über aktuelle Herausforderungen und zukünftige Entwicklungen, sowie Vorhaben der Landesregierung zu berichten. Die bisherigen Bemühungen scheinen nicht auszureichen, um den entscheidenden Schritt voranzukommen.